



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 23. September 2024**  
in der Welser Stadthalle stattgefunden

## **28. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr.  
Ende der Sitzung: 17.28 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 27. Sitzung des Gemeinderates vom 08.07.2024 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## **Anwesende**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

#### Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

KR. Herwig Karl Mayer, MBA

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA LL.M.

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schininger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

#### Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stöger Müller, MBA

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

#### Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

#### Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Hülja Yilmaz

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

### **NEOS**

### **MFG**

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

### **Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Eva Helfert

### **Entschuldigt:**

GR. RegRat Walter Zaunmüller

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 12.09.2024 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Mitwirkungspflicht zur Integration, Novelle des Oö. KBBG;  
Resolution an den oö. Landtag;  
Verf-015-I-14-2024

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

	<u>25 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne Mag. Drack, MFG)
gegen	<u>10 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-Fraktion, GR. Mag. Drack)
	<u>zuerkannt</u> .

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Novelle der Kindergartenordnung 2023;  
Verf-015-I-15-2024

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion, MFG)  
9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Die Dringlichkeitsanträge werden wie üblich nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/012

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

2.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/014

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/015

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2024:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 3 und 4 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

4.)

GR – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/017

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2024:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1 und 2) werden genehmigt.

GR. Ebetshuber: Danke, dass sie trotz kontroverser und notwendiger Diskussion an die im Heim lebenden Personen denken. Mit dem Ankauf der Nachtkästchen und den neuen Betten wird sowohl der Lebensqualität der Bewohner als auch der Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen entsprochen. Jedoch zeigt dieser TOP auch, dass wir als Stadt Wels durchaus Maßnahmen ergreifen können, um die Arbeitsbedingungen in den APHs zu verbessern und dass der Pflegebedarf steigend ist.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

Veranlagung von Finanzmitteln  
FD-Fin-242-02-2024

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2024:

1. Die beiliegende Vereinbarung (Beilage 1) mit der Raiffeisenlandesbank OÖ AG betreffend Abschluss eines Festgeldes iHv. € 7,300.000,- für ein Jahr (12 Mon.) mit

einer vorläufigen Indikation von 3,12% p.a. (tagesaktuelle Aktualisierung mit Geschäftsabschluss erforderlich) wird beschlossen.

2. Die beiliegende Vereinbarung (Beilage 2) mit der BAWAG betreffend Abschluss eines Festgeldes iHv. € 2,700.000,- für ein Jahr (12 Mon.) mit einer vorläufigen Indikation von 3,02% p.a. (tagesaktuelle Aktualisierung mit Geschäftsabschluss erforderlich) wird beschlossen.
3. Die beiliegende Vereinbarung (Beilage 3) betreffend Abschluss eines Festgeldes iHv. € 5,000.000,- für zwei Jahre (24 Mon.) mit einer vorläufigen Indikation von 2,78% p.a. (tagesaktuelle Aktualisierung mit Geschäftsabschluss erforderlich) wird beschlossen.
4. Das beiliegende Schreiben (Beilage 4) betreffend der Veranlagung von einem Betrag von bis zu € 20,000.000,- bei der Wels Betriebsansiedelungs-GmbH wird beschlossen.

GR. Mag. Drack: Wir werden als Fraktion bei diesem TOP dagegen stimmen, da es bei diesen Kreditoperationen unter anderem um das Betriebsbaugebiet Oberthan geht. Wir sind der Meinung, dass wir keine neuen großen Versiegelungsprojekte in Zeiten des Klimawandels brauchen. Wirtschaftswachstum darf kein Dogma sein.

Bgm. Dr. Rabl: Ich muss festhalten, es geht nicht um das Betriebsbaugebiet. Es geht um die Veranlagung bei Banken, das hat mit dem Betriebsbaugebiet gar nichts zu tun. Es geht um die Finanzierung für die WBA, die zahlreiche Projekte hat und daher ist diese Finanzierungsvariante aus unserer Sicht auch sinnvoll. Ich kann diese Argumentation daher nicht nachvollziehen. Um das Betriebsbaugebiet ginge es dann, wenn wir heute einen Umwidmungsbeschluss fassen würden oder einen sonstigen Beschluss, der den Verkauf dieses Betriebsbaugebietes betrifft. Das ist hier nicht der Fall. Es ist daher für mich nicht nachvollziehbar, nehme es aber zur Kenntnis.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

	<u>31 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
gegen	<u>4 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)
	<u>angenommen.</u>

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

6.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend ortspolizeiliche Verordnung für ein  
Alkoholverbot im Bereich Kaiser-Josef-Platz/Busdrehzscheibe  
Verf-015-I-12-2024

Vzbgm. Kroiß: Warum ist dieses Alkoholverbot dringend notwendig? Weil sich hier eine Szene etabliert hat, die uns große Probleme bereitet und wir laufend Beschwerden von Anrainern, Mitarbeitern, Geschäftsinhabern und Busbenutzern haben. Ich möchte ihnen auszugsweise einige Beschwerden vorbringen:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, als Eigentümer und Bewirtschafter des Hauses Kaiser-Josef-Platz wende ich mich wegen der immer problematischer werdenden Sandler-Situation vor dem Haus an sie. Die Beeinträchtigungen ziehen sich lautstark bis in die Nachtstunden. Bewohner bzw. Büro-/Geschäftsmieter baten mich, mich an sie zu wenden.“

„Sehr geehrte Damen und Herren, unser Bürositz ist am Kaiser-Josef-Platz. Wir merken immer wieder, dass die Situation bzw. das Benehmen der Obdachlosen und Alkoholiker für uns und unsere Kunden nicht mehr zumutbar ist. Die Bänke vor unseren Büros werden für Alkoholexzesse benutzt und der Abgang zur Tiefgarage ist schmutzdelig und mit Urin versehen.“

Offener Brief an die Stadt Wels:

„Sehr geehrte Damen und Herren, ich wende mich heute an sie als langjähriger Wähler und Künstler, somit aktiver Teil der Welser Gemeinschaft. Seit Jahren bemühe ich mich, die leeren Geschäftslokale in der Innenstadt zu nutzen. In diesem Jahr habe ich erstmals den Kaiser-Josef-Platz beim Busbahnhof als Standort für meine Galerie gewählt. Bereits nach kurzer Zeit musste ich feststellen, dass der Standort mit ernsthaften Herausforderungen verbunden ist. Unmittelbar vor meiner Galerie befindet sich das Wohnzimmer der Welser Sandler, die regelmäßig vom benachbarten Supermarkt Alkohol beziehen und die Atmosphäre deutlich beeinträchtigen.“

„Guten Morgen Herr Kroiß, unsere Straßenkehrer machen sauber heute um 8 Uhr, gestern war zweimal die Stadtwache und dreimal die Polizei bei unserem Haus zugegen. Es waren teilweise 12 Personen auf diesem Platz und es geht den ganzen Tag dermaßen zu. Schreiereien, Raufereien, Kampfsaufen, jede Menge Müll usw.“

Ich muss diesen Beschwerdeführern Recht geben. Der Bereich, der u.a. die zentrale Drehzscheibe für den öffentlichen Verkehr ist, wird von Obdachlosen und anderen Personen auch dazu benutzt, sich bis zur Bewusstlosigkeit zu betrinken, in die Grünflächen zu urinieren, laute Musik zu hören und den gesamten Bereich zu vermüllen. Raufereien, Schreiereien usw. gehören mittlerweile hier zum Standard und das führt zu einem negativen Bild für Passanten und Busgäste. Ganz besonders jetzt, wo viele Kinder und Jugendliche mit dem Schulbus zur Schule fahren. Einsätze der Rettung und

Polizei haben merklich zugenommen bzw. versuchen auch die Mitarbeiter der Ordnungswache sowie Polizeibeamte in vielen Gesprächen auf diese Situation hinzuweisen. Sie wurden auch darauf hingewiesen, dass der nächste Schritt die Vorbereitung eines Alkoholverbotes sein wird, wenn die Situation nicht besser wird. Es gab zwei Ortsaugenscheine (Mai, Juni) unter Anwesenheit der Polizei, der Bezirksverwaltungsbehörde, Vertreter der Wels-Linien sowie Anrainer, wo vereinbart wurde, welche Schritte noch gesetzt werden. Wie etwa eine verstärkte Präsenz der Polizei und Ordnungswache oder ein jederzeitiger Anruf bei der Polizei. Das alles brachte nicht den gewünschten Erfolg. Die Zustände haben sich nicht gebessert. Die Polizei gab uns eine lange Überwachungsliste mit Einsätzen, wie alkoholisierte Ordnungsstörung, Ruhestörung, Musikkärm, Körperverletzung, gefährliche Drohung uvm. Auch die Polizei schreibt aus dienstlicher Erfahrung sind sie der Meinung, dass ein Alkoholverbot am Kaiser-Josef-Platz diese Situation und das Ortsbild vermutlich verbessern wird.

Auch ich bin der Meinung, dass uns nichts anderes übrigbleibt als das Alkoholverbot. Dieses soll von der Abt. Bezirksverwaltung geprüft und unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Bereich sollte den Kaiser-Josef-Platz und den Busbahnhof, westliche Grenze Rainerstraße, östliche Grenze Bahnhofstraße - Nord- und Südseite umfassen. Natürlich soll es auch Ausnahmen geben für ordnungsgemäß angemeldete Veranstaltungen und Gastgärten, wo Alkohol ausgeschenkt werden darf. D.h. dieses Alkoholverbot soll jenem am Busbahnhof gleich sein, weil hier positive Erfahrungen gemacht wurden. Es hat sich dort die Szene bis jetzt nicht verlagert. Einer der Gründe am Kaiser-Josef-Platz war natürlich das Schließen eines Lokals, dieses hatte die Szene sehr gut im Griff. Ein zweites Thema betrifft den Nahversorger, wie wir schon aus den Beschwerdeschreiben entnehmen konnten.

Ich bin überzeugt davon mit einem Alkoholverbot können wir die Situation einfangen, deutlich verbessern. Wir werden diese Probleme dann dort nicht mehr haben. Es geht uns nicht um eine schnelle Schlagzeile, sondern um die Sorgen der Anrainer und Busbenutzer ernst zu nehmen. Es ist auch nicht einzusehen, dass die Busdreh Scheine, welche wir 2021 um fast 7 Mio. Euro sanierten und ein großartiger Busbahnhof wurde, nun so zweckentfremdet wird, dass die Leute sagen: „So kann es nicht mehr weitergehen.“

Der Einwand, wir bräuchten mehr Streetworker kommt immer wieder. Die Zielgruppe der Streetworker sind Jugendliche und junge Erwachsene (12-25 Jahre). Ich weiß nicht, wer von ihnen schon Kontakt mit diesen Menschen hatte, meiner Meinung nach sind diese alle älter. Ab einem gewissen Level ist es schwierig mit diesen Menschen ein vernünftiges Gespräch zu führen. Das wurde auch oft gemacht, nur nützte es nichts. Es ist die Zeit des guten Zuredens vorbei, jetzt müssen wir handeln. Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung, dass wir die Abt. Bezirksverwaltung beauftragen diese Verordnung vorzubereiten.

GR. KR. Schönberger: Eine ortspolizeiliche Verordnung bewirkt de facto gar nichts, ganz im Gegenteil, wenn man liest, dass der Vollzug einer ortspolizeilichen Verordnung die Bundespolizei in keiner der vorgenannten Gemeinden - und da ist Wels dabei, egal mit oder ohne eigenem Gemeindegewächkörper - befugt, ermächtigt oder verpflichtet die ortspolizeiliche Verordnung zu vollziehen. Da frage ich mich schon wie du es meinst, dass



die Polizei dann einen anderen Auftrag hätte. Ich denke, dass die Polizei auch jetzt gegen Randalierer vorgehen kann. Wir beschlossen hier, dass wir die Polizeiwache aus der Roseggerstraße auf den Kaiser-Josef-Platz verlegen, um dort mehr Sicherheit zu haben. Wir zahlen heute noch die Miete in der Roseggerstraße und versenken dort abertausende Euro Monat für Monat und schaffen es nicht auf dem Kaiser-Josef-Platz einigermaßen ein Sicherheitsgefühl zu erzeugen! Da sehe ich ein Versagen in der Sicherheits- und Präventionspolitik in diesem Fall. Vergleichen wir den Fall mit einem Patienten, der eine Wurzelentzündung hat. Nur weil der Patient eine Schmerztablette bekommt, ist die Entzündung nicht weg. Die Personen, die heute am Kaiser-Josef-Platz sind, sind morgen am Martin-Luther-Platz, übermorgen im Friedenspark usw.

Man muss das Problem an der Wurzel behandeln und Prävention betreiben. Wenn du sagst, es sind Menschen mit Alkoholproblemen, dann brauchen wir eine vernünftige Suchtprävention. So können wir diese Menschen einfangen und ihnen ein anderes Lebensgefühl zeigen, als sich am Kaiser-Josef-Platz zu betrinken. Wir hatten auch ähnliche Situationen in der Neustadt, es ist nur ein Verdrängen von einem Platz zum anderen. Wenn man so etwas machen will, brauchen wir ein Alkoholverbot in ganz Wels. Die angesprochenen Leute sind vermutlich immer dieselben 15 Personen, genauso wie es in der Neustadt war. Es war eine Handvoll Personen, die die dortigen Bewohner furchtbar nervten. Um die muss man sich kümmern. Aber ob polizeiliche Maßnahmen oder unser stadteigener Wachdienst helfen können, weiß ich nicht. Für mich ist das keine Lösung, sondern eine Verdrängung, eine Verschiebung und eine klassische Schlagzeile zu Wahlzeiten.

Vzbgm. Kroiß: Zur Berichtigung: Die Aussage, dass ein Alkoholverbot nichts bringt, ist gänzlich falsch. Mit dem Alkoholverbot am Busbahnhof konnten wir tatsächlich die Szene beruhigen.

GR. Schatzmann: Ich bin über die Art des Antrags etwas erstaunt. Vzbgm. Kroiß beantragt, vom Gemeinderat den Auftrag zu bekommen die Bezirksverwaltung zu beauftragen, obwohl sie schon längst der Bezirksverwaltungsbehörde den Auftrag erteilen hätten können. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die FPÖ die Probleme am Kaiser-Josef-Platz nutzt, um sich kurz vor der Wahl noch als Law and Order-Partei zu präsentieren. Es ist überschaubar und billig die bestehenden Probleme am Kaiser-Josef-Platz als politisches Kleingeld zu nutzen für die Wahlen. Das ähnelt ihrer Politik ungemein!

Die Welser haben es verdient, dass ihre Probleme ernst genommen und nicht für schnelle Schlagzeilen instrumentalisiert werden. Aber etwas anderes kann man von der FPÖ offenbar nicht erwarten. Ihre Mächtegern-Lösungen erinnern mich an „Patrick Star“ aus „Spongebob“. Sein Lösungsansatz war auch immer: „Wir nehmen die Probleme und schieben sie woanders hin.“

Jetzt kann man sich die Frage stellen, wer zuerst kam. Spaß beiseite, mit Verboten lassen sich keine gesellschaftlichen und sozialen Probleme lösen. Mit dem Alkoholverbot am Kaiser-Josef-Platz verdrängen sie jene Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Die Verantwortung für das Zusammenleben in unserer Stadt kann nicht einfach auf die Polizei und Ordnungswache abgewälzt werden. Es braucht ein umfassendes Konzept aus Prävention, Integration und konkrete Hilfsangebote für Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Sozialarbeiter und Beratungsstellen sollten eine zentrale Rolle dabei spielen ein positives Miteinander am Kaiser-Josef-Platz zu fördern. Aber daran scheint die

FPÖ kein Interesse zu haben. Ihnen geht es offenbar nur um schnelle und einfache Lösungen, von denen sie wissen, dass sie nicht funktionieren. Hauptsache man kann noch schnell eine Schlagzeile produzieren. Wir GRÜNE möchten hingegen echte, nachhaltige Lösungen für die Menschen in Wels, wir lassen uns nicht auf diesen Wahlkampfgeg ein. Daher stimmen wir dem Vorhaben in dieser Form nicht zu. Wir erwarten aber einen konstruktiven Diskurs im Ausschuss, wo wir nicht vor vollendete Maßnahmen gestellt werden, sondern wo wir gemeinsam echte Lösungen erarbeiten können.

GR. Weidinger: Wir werden dem TOP zustimmen. Im Zuge des Wahlkampfes sind wir alle viel unterwegs und die Menschen am Kaiser-Josef-Platz erzählten uns genau dasselbe. Es stimmt, hier passierten Szenen in den letzten Wochen und Monaten, die keiner will. Kollege GR. Schatzmann hat aber Recht, es ist eine schnelle Schlagzeile, wir hätten es auch durchaus im nächsten Ausschuss nach dem 29.09. diskutieren oder gleich eine Verordnung präsentieren können.

Karl, es tut mir leid, ich muss mich gegen die Anschuldigungen gegen die Polizei wehren. Die Polizei hat natürlich nicht nur den Kaiser-Josef-Platz zu überwachen, sondern dutzende Veranstaltungen und Einsätze täglich, die abuarbeiten sind. Es sieht natürlich nicht gut aus, wenn das Problem vor der Haustüre besteht. Aber sei dir versichert: Wenn die Polizisten das Problem wahrnehmen, schreiten sie auch ein. Es ist nicht so, dass die Trinker 365 Tage 24 Stunden dort sitzen und in der kalten Jahreszeit sind sie sowieso wieder weg. Das löst natürlich nicht das Problem, das muss ich gleich dazusagen.

Zur ortspolizeilichen Verordnung: Hier stellte Karl ganz richtig fest, dass die Polizei die Überprüfung nach der ortspolizeilichen Verordnung nicht überwachen kann. Es gibt hier Stellungnahmen, die bereits eingeholt wurden. Diese kennst du auch, Gerhard. Es steht dort eindeutig, dass die Polizei hier nicht einschreiten darf. Nicht, weil wir nicht wollen, es ist uns die gesetzliche Möglichkeit nicht gegeben. Anders wäre es beim Hundegesetz, da sind wir auch zuständig. Aber bei dieser ortspolizeilichen Verordnung ist es klipp und klar festgelegt, dass die Polizei hier nicht einschreiten darf. Wer vollzieht dann das ganze Gesetz?

Es gibt die gemeindeeigenen Wachkörper, die wir nicht haben, aber es gäbe noch die 11 oder 12 Kollegen der Ordnungswache, die wir beauftragen könnten. Man würde mit Fingerspitzengefühl vorgehen und sagen: „Liebe Leute, es herrscht hier ein Alkoholverbot.“ Damit werden wir es vielleicht bei 90% der Menschen schaffen, dass sie aufstehen und gehen. Die restlichen 10% werden bleiben. Herr GR. Schatzmann, dann freue ich mich, wenn die Sozialarbeiter kommen. Das ist einfach nicht das typische Klientel für einen Sozialarbeiter. Es ist einfach Spaß und Freude sich hier auszutoben und da schlagen wir in die falsche Kerbe, wenn wir das Problem an die sozialen Dienste abtreten.

Das heißt, die Ordnungswache könnte es überwachen, 90% stehen auf und gehen und 10% bleiben sitzen und lachen. Dann kann ich mir vorstellen, dass sie auch die Zwangsgewalt haben die Identität festzustellen. Aber dann wird es auch schon wieder kompliziert, denn wer will sich mit dem Klientel anlegen? Es würden dann wieder die Polizisten einschreiten können, weil es um den Schutz der Ordnungswache geht beziehungsweise darüber hinaus könnte man hier schon eine störende Ordnung oder Anstandsverletzung sehen, wo die Polizei wieder zuständig ist.

Die Lösung des Problems wird nicht so leicht gehen. Wir unterstützen die Ordnungswache auch mit der ortspolizeilichen Verordnung, die wir in Auftrag geben. Ich hätte mir aber auch gewünscht, dass wir im Vorfeld im Zuge einer Ausschusssitzung die Verordnung schon vorlegen hätten können. Dann hätte es keinen so komischen Beigeschmack, so kurz vor der Wahl. Aber wir alle bekamen im Wahlkampf von den Bürgern schon mit, dass hier ein Problem besteht. Ich hoffe, es wird besser und deswegen stimmen wir auch zu.

GR. Schiefermayr: Eine interessante Situation dieses Thema als Wahlkampfgeg abzutun. Diese Situation ist untragbar und das auf den 29.09.2024 zu schieben und billige Polemik zu machen, wie Kollege GR. Schatzmann dies ausdrückte, dazu fehlen mir die Worte.

Es gibt einen Initiativantrag vom Juli 2012 von GR. Reindl-Schwaighofer, MBA, der damals ein Alkoholverbot am Bahnhof forderte. Warum das Alkoholverbot am Kaiser-Josef-Platz heute dann so ein großes Thema ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ein Alkoholverbot dient ja auch der Sicherheit. Hochrisikospiele speziell in der Bundesliga sind immer wieder mit Alkoholverboten versehen, weil jeder weiß, dass unter Alkoholeinfluss Sachen geschehen, die man nüchtern nicht macht.

Es muss uns allen wichtig sein, dass Schüler sicher mit dem Bus nach Hause kommen und nicht belästigt oder in jungen Jahren mit Alkohol konfrontiert werden. Auch bei den städtischen Verkehrsbetrieben gibt es massive Probleme, speziell was die Verschmutzung in den Bussen betrifft. Zum Teil müssen Buslinien eingestellt werden, weil sie nicht mehr weiterfahren können (Gestank, etc.). Dem Reinigungspersonal ist es nicht zumutbar ständig die Reste von Alkoholexzessen zu beseitigen.

StR. Rammerstorfer: Ich freue mich im Namen der GRÜNEN-Fraktion, dass wir uns über das Vorliegen eines Problems einig sind. Auch wir führten eine Reihe von Gesprächen mit Anrainern, aber auch mit der Ordnungswache und Polizei. Wir waren auch einige Male vor Ort und das Problem ist auf alle Fälle da, wir müssen etwas unternehmen und eine Lösung finden.

Das vorgeschlagene Alkoholverbot am Kaiser-Josef-Platz Ost ist meines Erachtens keine Lösung. Es erinnert an diverse andere Lösungsvorschläge für den Umgang mit gesellschaftlichen Randgruppen, die wir in den letzten Jahren hatten. Ich erinnere an die Videoüberwachung, an das Bettelverbot, die Verlegung der Polizeiwache auf den Kaiser-Josef-Platz, ein Alkohol- und Rasensitzverbot im Burggarten beziehungsweise das Alkoholverbot am Bahnhofplatz, von dem ich heute schon einige Wundertaten hörte. Diese erschließen sich mir so nicht, denn vor dem Spar sehe ich immer Menschen mit Bierdosen stehen. Es liegt vielleicht an der Tücke der Sache selbst, dass im Bereich vor den Geschäften die Verordnung nicht greifen würde, daher greift sie am Bahnhofsvorplatz nicht und so würde sie auch auf dem Kaiser-Josef-Platz Ost nicht greifen. In den Durchgängen oder Hauseingängen wäre das Konsumieren von Alkohol weiterhin möglich.

Was ich zwischendurch schon betonen möchte, Alkoholismus ist seit 1968 von der WHO als Krankheit anerkannt. Wir reden hier von suchtkranken Personen, nicht von Menschen die sich aus Boshaftigkeit delinquent verhalten. Das möchte ich schon in die Debatte einbringen. Ich sehe durchaus die Notwendigkeit, dass wir diese Personengruppe von diesem Ort wegbekommen, weil es für die Kinder und Jugendlichen kein positiver Anblick ist. Auch für die Anrainer und Geschäftsleute ist es eine untragbare Situation, das möchte ich einmal betonen. Wir zählten eine ganze Reihe an Verordnungen der letzten Jahre auf,

wo wir als GRÜNE-Fraktion im Gemeinderat dagegen stimmten, weil diese Maßnahme das Problem nur verlagern. Wir hatten leider in all diesen Punkten Recht und die Probleme verlagerten sich immer wieder. Ich kann diesmal schon einen Blick in die Zukunft wagen, was passiert, wenn wir dieses Alkoholverbot am Kaiser-Josef-Platz Ost umsetzen? Die nächste Sitzmöglichkeit ist ab Höhe Rainerstraße vor der öffentlichen WC-Anlage gleich beim Kinderspielplatz. Dahin würden diese Personen dann abwandern, die Bänke dort eignen sich dafür sehr gut. Mich wundert es, dass sie dort nicht schon freiwillig hingegangen sind.

Ansonsten sehe ich dann schon nächstes Jahr eine Diskussion über ein Alkoholverbot am Kaiser-Josef-Platz West, in zwei Jahren dann vielleicht in der Ringstraße, dann vielleicht der Stadtplatz usw. Vielleicht bringen wir die Gruppe einmal bis nach Thalheim, dann hätten wir das Problem gelöst. Ich denke aber eher nicht.

Wir hörten schon, mit Sozialarbeit kann man diesen Dingen nicht beikommen. Als GRÜNE-Fraktion werden wir bei solchen Themen oft als Sozialromantiker ohne Realitätsbezug bezeichnet. Es ist eher umgekehrt, den Verbotsromantikern fehlt oft der Bezug zur Realität, denn diesen Milieus ist so nicht beizukommen. In deutschen Städten mit Alkoholverboten wusste man, dass man die gewissen Personengruppen nur von einem Ort zum anderen jagt. Dort schuf man sog. „alkoholakzeptierende Aufenthaltsräume“, eine Art Konsumraum, der für das jeweilige Klientel eine gewisse Infrastruktur zur Verfügung stellt. Diesem Klientel würde eine gewisse Struktur mit einem gewissen Angebot zur Verfügung gestellt werden, z.B. Toilette, eine Waschgelegenheit oder eine Suchtberatung. In diesen deutschen Konsumräumen ist auch eine Beratung üblich, wie man es schaffen kann aus der Sucht herauszukommen. Das ist etwas, worüber wir vielleicht diskutieren sollten.

Ansonsten sollten wir natürlich über die Arbeitslosenthematik diskutieren. Wir haben hier ein grundlegendes Problem in der Arbeitsmarktpolitik, es sind 800-900 Arbeitslose mehr. Dieser Problematik müssen wir uns auch einmal stellen, weil das die Personengruppe ist, aus der sich teilweise dann die Suchtkranken oder Obdachlosen zusammensetzen.

Lieber Ronny, noch ein Wort zum Alkoholverbot bei Hochrisikospiele: Wie man gestern beim Wiener Derby sah, funktioniert das auch nicht immer.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Mag. Schininger.

Bgm. Dr. Rabl: Wenn wir von diesem Alkoholverbot sprechen ist es wichtig, dass wir so etwas erlassen und ich sage auch warum. Es geistert ständig die Sozialutopie herum, dass es durch ein Verbot zu einer Verdrängung kommt. Wir hörten das als wir den Drogenhotspot am Kaiser-Josef-Platz eliminieren und eine Videoüberwachung sowie die Polizei ansiedeln wollten. Es kommt dann angeblich zu einer Verdrängung des Hotspots in eine Nebenstraße. Tatsache ist, wir haben kein Drogenproblem mehr am Kaiser-Josef-Platz und eine Verdrängung ist nicht eingetreten. Wir wollten eine Videoüberwachung in der Fußgängerzone und am Stadtplatz wegen dem Vandalismus. Da hieß es, es würde zu einer Verdrängung im Burggarten und im Pollheimerpark kommen. Nichts ist passiert, es gab keine Verdrängung und der Vandalismus in diesem Bereich ist zurückgegangen. Wir hörten, wir brauchen ein Alkoholverbot am Bahnhof. Die SPÖ brachte es damals aber dankenswerterweise ein, obwohl man sich offensichtlich jetzt nicht mehr so gut erinnern kann. Da hieß es auch es kommt zu einer Verdrängung in andere Parks. Das ist auch nicht eingetreten.

Die meisten Studien aus England beziehungsweise London, wo Videoüberwachungen gang und gäbe sind, zeigen, dass diese Verdrängung nicht stattfindet. Das gibt es in dieser Form auch nicht. Natürlich ist es möglich mit einem Verbot auch ein Problem zu lösen. Das soll heißen jene alkoholakzeptierenden Räume sind für mich „Beisl“. Dort waren die Alkoholiker auch vorher am Kaiser-Josef-Platz. Dieses Lokal gibt es jetzt nicht mehr und sie fanden noch keinen Ersatz. Aus diesem Grund sind sie jetzt dort, wo sie eben sind. Wenn man alkoholakzeptierende Räume wieder braucht, gerne. Wir haben viele Lokale und diese brauchen auch gute Kundschaft. Dort können sie völlig legal ihrem Alkoholkonsum nachgehen und dagegen hat man gar nichts einzuwenden. Solche Beisl gibt es auch am Kaiser-Josef-Platz.

Aus diesem Grund halte ich diese Maßnahme für sinnvoll und wirksam, sie kann umgesetzt werden und damit haben wir ein Problem weniger, weshalb ich absolut für diesen Antrag bin.

Herr Mag. Drack, bitte um Entschuldigung, dass ich sie in der Rednerliste übersah und vorher zu Wort kam.

GR. Mag. Drack: Es wurde schon viel zum Thema Verdrängung oder Verbotspolitik gesagt. Es ist wichtig, dass wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen und zwar alle, sowohl der Unternehmer als auch der Bewohner und der Suchterkrankten in unserer Stadt. Alkoholismus ist ein schwerwiegendes Problem und auch die alkoholkranken Obdachlosen, die Probleme machen, sind Welser, denen das Leben nicht gut mitgespielt hat. Hier wäre die Lösung nicht eine Verbots- und Vertreibungspolitik, denn de facto ist es eine Vertreibung. Man braucht nur in die jüngste Vergangenheit zurückblicken. Das Alkoholverbot am Bahnhofsvorplatz führte natürlich zu einer Verdrängung, weil sich die betreffende Personengruppe jetzt in einem Gebiet in der Neustadt aufhält in unmittelbarer Nähe zur Schule mit viel Kontakt zu Jugendlichen. Dort spielt nicht nur Alkohol eine Rolle, sondern auch andere Drogen. Die Suchterkrankten suchen sich dann immer wieder neue Orte.

In der Coronazeit, wo der öffentliche Raum reglementiert war, hielten sie sich im Alten Schlachthof auf und bereiteten dort Probleme. Auch dort war es ein langer Prozess dieses Problem zu lösen. Dies war sehr exemplarisch für die fehlgeleitete Politik der FPÖ, denn dort ist gemeinsam mit der Polizei und den Sozialarbeitern eine Lösung gesucht worden. Die erarbeitete Lösung war eine auf das Gelände und die Situation zugeschnittene Hausordnung, flankiert mit einer Betreuung, um den Leuten auch auf einer menschlichen Ebene zu begegnen und den Sinn von Regelungen zu erklären. Dieser mühsam erarbeitete Prozess ist damals vom zuständigen Stadtrat vom Tisch gewischt worden mit der Antwort, dass man ohnehin die „Schmeiß weg, Rede Deutsch usw. – Hausordnung“ habe und diese genügen würde.

Man sieht, die Obdachlosen gibt es noch immer. Jetzt sind sie am Kaiser-Josef-Platz und eine Lösung wird sich auch durch ein Verbot dort nicht einstellen. Zum Thema „Streetwork sei nur für 12- bis 25-jährige Personen zuständig“ - das ist ein Irrtum. Streetwork ist eine Methode, um Menschen ins System zu bringen, die schwer vom System zu erreichen sind. Auch in Linz gibt es z.B. Obdachlosen-Streetwork. Obdachlose haben ihre eigenen Lebensgeschichten und wenn man eine Beziehung zu Menschen aufbaut, lässt sich immer eine Verhaltensänderung bewirken. Insofern wären sozialarbeiterische Ansätze für alle Beteiligten eine bessere Lösung als eine Verbotspolitik, die nur zu Vertreibung führt.

GR. KR. Schönberger: Ich muss mich nochmals zu Wort melden, denn ich wurde vorhin missverstanden. Ich kritisierte nicht die Polizei, Andreas! Ich sagte, die Stadt Wels investierte viel Geld in die Umsiedelung der Polizeiwache von der Roseggerstraße auf den Kaiser-Josef-Platz, inklusive dessen, dass wir den direkten Zugang zum Stadttheater und zum Verwaltungsgebäude mehr oder weniger aufgaben, den wir zu Beginn noch direkt vom Kaiser-Josef-Platz haben wollten. Das war meine Kritik.

Natürlich ist das Thema der Sichtbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum wichtig, darüber müssen wir auch reden. Wir müssen die Sinnhaftigkeit der Polizeireform unter Minister Strasser überdenken und fragen, ob die administrativen Arbeiten der Polizeibediensteten so überbordend sind, dass sie für die eigentliche Arbeit keine Zeit mehr haben. Das ist aber eine andere Diskussion, die sicherlich innerhalb des Polizeikörpers hoffentlich geführt wird. Mehr Polizei in der Öffentlichkeit würde auch bewirken, dass das subjektive Sicherheitsgefühl größer wird. Das wünschen wir uns doch alle. Wir wissen, dass die dort Betroffenen arm sind. Alkoholkonsum ab 16 Jahren beziehungsweise Konsum gebrannter alkoholischer Getränke ab 18 Jahren ist in Österreich legitim. Das ist kein Delikt und man macht sich nicht strafbar. Die geringste Handhabe ist, dass alkoholisierte Fußgänger nicht am Straßenverkehr teilnehmen dürfen. Der muss wahrscheinlich schon torkeln und schwanken, damit die Polizei eingreifen kann. Die Handhabe ist sehr gering und wir werden als SPÖ auch dem Alkoholverbot zustimmen, es soll ja etwas bewirken. Aber das ändert nichts am Problem, welches man an der Wurzel packen muss. Man müsste einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen, den Antrag zurückschicken und ordentlich diskutieren, aber das werde ich jetzt nicht machen. Schauen wir was dabei herauskommt. Ich hoffe, dass du als Sicherheitsreferent die Dinge an der Wurzel angehst und nicht nur die Auswirkung bekämpfst.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Alkoholismus ist eine Krankheit. Die Auswirkungen des Alkoholismus sind in Wirklichkeit das Ergebnis einer gesellschaftlich geduldeten Droge. Vor 20 bis 25 Jahren gab es in Wels diese „Trinker beim Billa“ auch schon. Ich kann nicht nachvollziehen, dass der Beschluss dieses Antrages eine Verschlechterung in der Handlungsfähigkeit der Polizei bringen würde. Diese kann nur bei Problemen eingreifen, aber nicht direkt. Es stimmt, diese Verordnung für den Bahnhof beschlossen wir. Wir sind ja auch nicht grundsätzlich dagegen. Es soll eine Maßnahme sein, die uns weiterhilft.

Der Bürgermeister sagt, es gibt keine Verdrängung. Ich würde empfehlen in der Fachhochschule nachzufragen, denn dort, im BFI und am Martin-Luther-Platz sind die Menschen hingekommen als Folge des Verdrängens. Das Problem ist, ich kann einen Platz freimachen, aber das Problem nicht lösen. Wenn wir das heute beschließen, erwarte ich mir von der Sozialreferentin Maßnahmen bezüglich Alkoholkonsum in der Stadt. StR. Rammerstorfer sprach z.B. von den geduldeten Konsumräumen. Als Kleinbürger kann man dagegen sein, aber es ist ein Teil der Lösung und nicht ein Teil des Problems. Es gibt aufsuchende Sozialarbeit für alle Bereiche, gerade für Personen die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Die Leute müssen über Beziehungsarbeit Zugänge finden, um eingreifen zu können. Ich appelliere wirklich daran sich zu überlegen, wie wir mit diesem Problem umgehen können. Wie können wir den Menschen eine Struktur anbieten? Es geht immer darum, dass wir auf die Menschen zugehen und dann haben wir auch die Chance dem einen oder anderen aus dem Kreis herauszuhelfen.

GR. Wohlschlager: Lassen wir die Kirche doch im Dorf, manche gesagte Dinge der Kollegen sind zwar nicht falsch, aber ich will sie ergänzen. Andreas, ich bin in vielen

Bereichen bei dir. Was die Wahlkampfpolemik anbelangt: Ich finde der September ist der einzig richtige Zeitpunkt, um den Antrag zu stellen und in diese Richtung etwas zu unternehmen, weil jetzt Schulbeginn ist. Der Kaiser-Josef-Platz ist eine Busdreh Scheibe und es sind nicht nur Hauptschüler, Gymnasiasten sondern auch Volksschüler in diesem Bereich aktiv. Es besteht hier dringender Handlungsbedarf für die Sicherheit zu sorgen.

Zu Kollegen GR. Mag. Drack und GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Natürlich ist Alkoholismus eine Krankheit, aber man kann nur denen helfen, die sich der Krankheit bewusst sind. Ich arbeite 50 Meter vom Kaiser-Josef-Platz entfernt und bin zum Teil mehrmals täglich dort. Die Personen dort haben Spaß, für die ist das der Lebensinhalt, sie treffen sich und haben dort Sozialkontakte. Ihnen ist gar nicht bewusst, dass sie alkoholkrank sind. Es ist schwierig jemandem Hilfe anzubieten, der sie nicht haben will.

Bezüglich der Verdrängung: Wenn wirklich dieser Hotspot verdrängt wird – als zweifache Mutter nehme ich diese Verdrängung zum Wohle der Schüler gerne in Kauf. Es ist unsere Aufgabe als Stadt Wels für die Sicherheit der Schüler zu sorgen. Mein jüngstes Kind ist schon 14 Jahre, er könnte sich schon wehren. Volksschüler hingegen wissen zum Teil gar nicht, wie sie mit gewissen Situationen umgehen sollen. Wir sind es dem Nachwuchs schuldig in diese Richtung zu agieren.

StR. Dr. Oberndorfer: Ich fasse mich kurz, weil schon sehr viel gesagt wurde und auch viele richtige Argumente von beiden Seiten gebracht wurden. Man sieht, dass sich ein Wahlkampf dem Ende zuneigt und die verschiedenen Seiten ihre ideologischen Positionen sehr gut abtauschen können. Das ist in einer Demokratie auch legitim, aber man muss schon die Kirche im Dorf lassen, wie Kollegin GR. Wohlschlager sagte. Es geht um ein Alkoholverbot an einem konkreten Platz, der sehr frequentiert ist. Dort sind viele Kinder unterwegs. Wir investierten sehr viel um diesen Platz aufzuwerten, damit sich auch wieder neue Geschäfte ansiedeln. Die derzeitige Situation würde all diese Bestrebungen konterkarieren und das kann man nicht wollen. Daher ist das Verbot sicher nicht die Lösung aller dortigen Probleme. Aber es hilft ein bisschen und daher sollten wir es auch machen. Was mich verwundert ist die Argumentation, dass das Ganze so zeitkritisch zu Schulbeginn sein muss.

Man bringt einen Antrag ein, dass das Ganze einmal vorbereitet werden soll. Das verstehe ich nicht. Der Sicherheitsreferent bringt einen Antrag ein, der in seine Zuständigkeit fällt und er gibt sich mit diesem Antrag selbst den Auftrag ein solches Verbot vorzubereiten, damit es dann nochmal in den Gemeinderat kommt. Diese Vorgehensweise kann ich nicht verstehen, denn für meine Fraktion kann ich in Anspruch nehmen, dass wir schon im Vorfeld Zustimmung signalisiert hätten. Die Aussage „man hätte das Amt überfordert und es wäre vielleicht nicht durchgegangen“ ist nicht wahr, so komplex ist so eine Verordnung nicht. Wir haben ja schon ein Beispiel einer solchen Verordnung am Bahnhofsvorplatz, die man entsprechend adaptieren hätte können. Offenbar ging sich das aber nicht mehr aus, man wollte schnell handeln und noch schnell eine Schlagzeile erzielen. Geholfen ist unmittelbar mit diesem Beschluss jetzt noch niemandem. Jetzt geht die Arbeit erst los, das muss man schon dazusagen. Grundsätzlich ist es eine sinnvolle Maßnahme, weil sie ein bisschen hilft. Aber sie ist sicherlich nicht die Lösung aller Probleme.

Vzbgm. Kroiß: Ich bedanke mich für die angeregte Diskussion. Bezüglich der Vorbereitung des Antrages durch die Bezirksverwaltungsbehörde möchte ich zuerst den politischen Beschluss fassen, weil ich nichts davon halte die Bezirksverwaltungsbehörde zu

beauftragen und dann vielleicht keine Mehrheiten zu bekommen. Das wären leere Kilometer. Das hat nichts mit dem Wahlkampf oder der Nationalratswahl zu tun, sondern es ist so wie Kollege Mag. Drack sagt, wir nehmen die Sorgen unserer Bürger ernst.

Lieber GR. KR. Schönberger, wir packen das Ganze an den Wurzeln, das Übel ist der Alkohol. Auch wenn Alkoholismus eine Krankheit ist, ist dort der übermäßige Alkoholkonsum ein Problem. Kollege StR. Rammerstorfer sagte, die Personen stehen auch beim Spar mit einem Bier oder sonst einem Alkohol in der Hand. Das Herumstehen ist nicht das Problem. Das Problem ist die Szene, die sich dort entwickelte. Das sind nicht nur 10 bis 12 Personen, die Szene wächst. Wenn wir dem nicht Einhalt gebieten, dann haben wir noch viel größere Probleme, denn die Szene verbreitert sich weiter, wenn man kann nichts machen.

Lieber Kollege GR. Reindl-Schwaighofer, MBA, du sagtest man hat wenig Handhabe. Ja, das stimmt. Aber es gibt eine Handhabe und das ist eben die ortspolizeiliche Verordnung mit dem Alkoholverbot. Warum haben wir eine Handhabe? Kollege GR. Weidinger stellte es gut dar, 90% halten sich daran. Zuständig ist in erster Linie die Ordnungswache. Diese geht also hin und sagt, ab einem gewissen Datum ist hier Alkoholverbot. So ist es am Bahnhof geschehen. Dann geht man noch ein paar Mal hin und sagt, es gibt ein Alkoholverbot. Beim dritten Mal wurde dort geamtshandelt, es wurde angezeigt und die Szene konnte beruhigt werden. Und bei den übrigen 10% wird uns die Polizei unterstützen bei der Aufnahme der Nationalitäten oder beim Erstellen einer Anzeige. Alles, was Gerichtsdelikte sind oder wo es um Ordnungsstörung geht, wurde bereits jetzt schon in Amtshandlungen durchgeführt, es wurden auch bereits Anzeigen erstattet. Ich kann nur Danke sagen an die Polizei speziell an die PI Innere Stadt, da war die Zusammenarbeit mit der Ordnungswache wirklich sehr gut. Es wurde sehr viel geredet, aber auch viel geamtshandelt und angezeigt. Gemeinsam ist man trotzdem der Meinung man braucht das Alkoholverbot, weil alles andere zu wenig ist. D.h. wir können damit die Szene beruhigen.

Es gibt auch in der Salzburger Straße Aufenthaltsstätten und Sanitäranlagen, dort kann gegessen und getrunken werden. Es gibt auch eine Alkoholberatung in Wels. Es wird ja so getan, als gäbe es gar keine Prävention in Wels. Das stimmt schlichtweg nicht. In diesem Fall kann ich Kollegin GR. Wohlschlager zustimmen. Wir müssen sehen welche Personen sich viel dort aufhalten und das sind unter anderem Kinder und Jugendliche, denen man das nicht zumuten kann. Ich ersuche daher um positive Abstimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 8) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Lackner war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Mag. Schininger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.



7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die  
Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben  
der Stadt Wels 2024  
KI-110-06-2024

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss  
am 09.09.2024:

Die beigefügte Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels  
2024 wird beschlossen.

GR. Mag. Drack: Danke für diese Tarifordnung und für den Einsatz in den letzten Jahren,  
damit die Welser Kinderbetreuung wesentlich günstiger wurde als noch vor mehreren  
Jahren. Ich sprach mit einigen Eltern, die früher € 400,- / Monat für das Kind bezahlten.  
Durch soziale Politik sind wir jetzt bei max. € 200,-, die pro Monat pro Kind für den  
Kindergarten anfallen. Da ist schon die soziale Deckelung berücksichtigt. Aber € 200,- ist  
trotzdem viel Geld für armutsbetroffene Menschen. Wir betreuen auch Menschen,  
Alleinerziehende beim Verein Regionale Hilfe, den ich mitgegründet habe. Da ist es  
Lebensrealität, dass z.B. eine Alleinerziehende mit zwei Kindern € 900,- / Monat zum  
Leben hat und wenn € 200,- dann abgezogen werden, ist das eine enorme  
Herausforderung. D.h. es gäbe da noch viel zu tun.

Drei Forderungen konkret: Es sollte ein konsequentes Bedarfsprinzip durchgängig für alle  
Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden. Es steht im Amtsbericht, dass für einen  
Krabbelstubenplatz derzeit für Kinder unter 3 Jahren ein Anspruch besteht, wenn die Eltern  
berufstätig, arbeitssuchend, in Ausbildung sind oder ein tatsächlicher Bedarf besteht. Beim  
tatsächlichen Bedarf appellieren wir an die Sensibilität, weil es abseits von  
Arbeitstätigkeiten auch andere Gründe gibt, die einen Bedarf rechtfertigen, vor allem aus  
sozialen Gründen, wenn Alleinerziehende mit ihren Kindern vor belasteten Situationen  
stehen.

Eine weitere Forderung wäre: Es gibt derzeit nur die Möglichkeit zwei beziehungsweise  
drei Tage oder eine ganze Woche zu bezahlen. Der Wunsch ist an uns herangetragen  
worden, dass man das um eine Vier-Tage-Woche ergänzen soll, weil viele Eltern den  
Freitag z.B. nicht brauchen und bei einer Ganztageswoche das Kind dann trotzdem in die  
Betreuung bringen. Das wäre mit einer 4-Tages-Woche oder mehr Flexibilität eine  
Entlastung, auch für die Pädagogen, die schon an der Belastungsgrenze sind.

Es ist auch ein Höchstbetrag von € 128,- angeführt. Meiner persönlichen Meinung nach  
sollte man sich von Höchstbeträgen verabschieden. Menschen mit hohem Einkommen  
sollten auch prozentuell dementsprechend mehr bezahlen. Es gibt viele vermögende  
Menschen, die das auch gern tun würden.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Danke für die Wortmeldung. Ich bin etwas überrascht, dass du diesen Terminus der sozialen Notwendigkeit hier wieder bringst, denn ich erklärte es dir mehrfach, dass es natürlich immer wieder diese soziale Notwendigkeit gibt. Genau jene Kinder aus diesen Familien werden dann auch in unseren Betreuungseinrichtungen aufgenommen. Das gibt es nicht nur bei Berufstätigkeit, Schulungen, usw. Die Kollegen draußen, denen ich auch meinen Dank für die perfekte Leistung aussprechen will, machen das schon.

Und ja, du hast Recht, vielfach sind die Kollegen an der Belastungsgrenze. Den Hinweis mit der Vier-Tage-Woche werden wir andenken. Ich brauche aber nicht noch einmal den grundsätzlichen Zugang der Sozialdemokratie zu diesem Thema erörtern, sprich Rechtsanspruch und Beitragsfreiheit. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 320/D.1 (Stadtteil: Vogelweide)  
BauR-269-06-7-2021

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.09.2024:

Die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 320/D.1 (Stadtteil: Vogelweide) wird beschlossen.

GR. KR. Schönberger: Seit der Umwidmung der Fläche gibt es einen Diskussionsgrund, den ich immer wieder anmerken möchte – die Erschließung nur über die Neinergutstraße. Immerhin errichtet die Heimstätte dort gerade sehr viele neue Wohnungen, jetzt müssen wir eine Brücke über den kleinen Bach bauen, damit wir überhaupt mit dem Schwerverkehr zufahren können, denn die alte Brücke ist nicht für den Baustellenverkehr ausgelegt.

Für uns ist verwunderlich, dass man nur über die Neinergutstraße erschließen kann. Gleich zu Beginn der Straße baut man aber die neuen Häuser, damit der gesamte Bauverkehr der nächsten beiden Bauprojekte an den Neubauten vorbeifahren muss. Das ist keine Planung! Ihr könnt mir nicht erklären, dass es keine Einigung bzw. einen Pachtvertrag mit den Besitzern der beiden Flächen gab, dass man über die Vogelweiderstraße zufahren und so den Baustellenverkehr einigermaßen abwickeln kann. Wenn ich das nicht schaffe,

muss man das Baufeld von hinten nach vorne auffüllen. Das wäre der logische Schluss, um alles so reibungslos und einfach wie möglich für die Bewohner zu halten. Ich verstehe es nicht, das hat für mich mit Planung nichts zu tun, das ist eine Unplanung! Meines Erachtens nach ist es ein Versagen der Politik.

Wenn wir es nicht schaffen, dass man jetzt darüberfahren kann, dann müssen wir etwas warten. Man muss dort anfangen, wo man hinterher die Bewohner und Mieter nicht derartig mit Bau- und Verkehrslärm belästigt. Baulärm ist das eine, aber dass der gesamte Schwerverkehr an einer nagelneuen Siedlung vorbeigeführt wird ist nicht normal. In Wels ist das ein Unikat!

In der Hofmannsthalstraße wurde das Projekt der Norikum gebaut. Dort wurde der Schwerverkehr nicht über die Gärtnerstraße geführt, sondern über die Hofmannsthalstraße, die im Prinzip eine Sackgasse ist. Es gehört für mich zur Planung dazu die dort bereits wohnenden Welser so wenig wie möglich durch ein neues Bauprojekt zu belasten. Das wäre die klassische Aufgabe einer Planung! Nicht nur vorzuschreiben wie Häuser gestellt werden beziehungsweise wie hoch sie sein dürfen. Da hätten wir uns mehr einfallen lassen können. Das ist auch der Grund wieso sich die SPÖ bei diesem TOP der Stimme enthalten wird.

StR. Schäfer, BSc MSc: Du hast Recht, wir brauchen eine neue Brücke und die werden wir auch bauen. Aber ich kann dir versichern im Raumordnungsvertrag wurde die Brücke unter dem Posten technische Infrastruktur abgesichert, d.h. es erfolgt nicht zu Lasten der Allgemeinheit, sondern zu Lasten der privaten Bauträger.

Zum Thema Verkehrsplanung: Die Referate von StR. Ganzert und mir sind sehr eng verzahnt. Ich kann dir versichern, dass sich die Mitarbeiter fachlich übergreifend sehr gut abstimmen. Die Zufahrt über die Neinergutstraße ist kein Problem, sowohl jetzt als auch später. Betreffend Verkehrsaufkommen wird hier sehr genau geprüft. Bezüglich dem Verkehr nach dem Bauvorhaben, der in die Siedlung gezogen wird, überlassen wir den Privaten schon noch eine gewisse Privatautonomie. Die drei Bauträger einigten sich auf die Zeitfenster. Bei der Heimstätte sitzt auch ein Kollege der SPÖ und offensichtlich sieht man das nicht so problematisch, weshalb man sich mit den anderen beiden Genossenschaften auf den Bebauungsplan und Raumordnungsvertrag in dieser Form einigte. Insofern kann ich die Kritik nicht verstehen. Es werden Wohnungen in den nächsten Jahren entstehen und wir sind froh, dass es zwei gemeinnützige Genossenschaften sind. D.h. hier werden wir ausreichend – hoffentlich leistbaren – Wohnraum für unsere Welser realisieren können. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

23 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion ohne Mag. Drack, MFG)  
gegen 8 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion, GR. Mag. Drack)

angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger, Vzbgm. Mag. Schininger, GR. Mag. Huber und GR. Ebetshuber waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015  
(Änderung Nr.103)  
BauR-269-05-9-2022

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.09.2024:

Die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (103. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) wird beschlossen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Österreichweit haben wir 520 Shopping- und Fachmarktzentren und über 300 m<sup>2</sup> Einkaufsflächen pro Kopf. Die Fläche dort wird jetzt schon als Einkaufszentrum genutzt. Wir werden auch zustimmen, aber ich will darauf hinweisen, dass wir nicht als Automatismus diese knapp 4.000 m<sup>2</sup> mit Parkplätzen zapflastern. Wenn wir dort Parkflächen machen, müssen wir eine Baumbepflanzung vorschreiben. Das sind wesentliche Schritte darauf zu achten, dass die Versiegelung nicht einfach fortschreitet und wir mit der Begrünung sogar der Erhitzung im Sommer entgegenwirken können.

StR. Schäfer, BSc MSc: Die Diskussion über das Ver- und Entsiegeln ist sehr aktuell. Wir möchten versiegelte Flächen entweder aufbrechen oder zumindest einer hochwertigen Nutzung zuführen. Das passiert bei diesem Projekt. Derzeit ist es ein Parkplatz und später ist es ein Vitalcenter – ein Gesundheitszentrum. Für unsere Stadtentwicklung schon ein förderfähiges Projekt, indem wir diesen Antrag weiterverfolgen. Danke auch für diesen Einwand.

Ich darf noch anmerken, dass es durch diese Erweiterung keine dezidierte Erweiterung der bestehenden Geschäftsflächen geben wird. Es ist rein auf Gesundheitsdienstleistungen limitiert, es wird keine zusätzlichen Verkaufsflächen geben.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 516/B.1 (Stadtteil: Puchberg)  
BauR-269-06-7-2022

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 27.06.2024:

Die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 516/B.1 (Stadtteil: Puchberg) wird beschlossen.

GR. Mag. Drack: Laut Amtsbericht soll ein Riesenkomplex entstehen - aber vielleicht habe ich es falsch gelesen - mit einer max. Bauhöhe von 32 Metern. Auf jeden Fall ein großes Gebäude auf einer Fläche im innerstädtischen Bereich. Es ist sehr zentrumsnahe und zählt zum Stadtteil Innenstadt. Ich werde mich der Stimme enthalten, weil innerstädtische Flächen für eine andere Nutzung mehr zu befürworten wären als große Industriehallen und Bürogebäude.

StR. Schäfer, BSc MSc: Es geht um die KG Puchberg, nicht die Innenstadt und das ist an der Autobahn. Es ist somit aus fachlicher Beurteilung die Höhe korrekt gewesen, es handelt sich um einen Zahlendreher. Die betriebliche Bebauung ist in Wels ein großes Thema, weil die Flächen zur Betriebserweiterung knapp sind. Aus Sicht der Stadtentwicklung und aus fachlicher Sicht macht es Sinn nur an der Autobahn entlang zu bauen und genau das wird hier gemacht. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ+ ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer und GR. Kittenbaumer waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 223/A.1.4 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BauR-269-06-3-2024

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.09.2024:

Die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 223/A.1.4 (Stadtteil: Lichtenegg) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Kroiß: Zu TOP 12. der Tagesordnung gibt es einen Abänderungsantrag (Anlage 14) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, den ich verlesen darf. Bitte diesen in die Debatte mitaufzunehmen.

Berichterstatter Stadtrat Thomas Rammerstorfer

12.)

OÖ Bezirksabfallverbands AbfallbehandlungsgmbH;  
Änderung des Gesellschafts- und Syndikatsvertrages;  
Unterfertigung des Notariatsaktes durch den Bürgermeister  
SD-Awi-899-1-2024

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 06.09.2024:

1. Beiliegender geänderter Gesellschaftsvertrag (Beilage 1), abgeschlossen zwischen der Stadt Wels, der Stadt Steyr und den Bezirksabfallverbänden mit den unter Punkt 3. des gegenständlichen Amtsberichtes dargestellten wesentlichen Änderungen, wird beschlossen.
2. Beiliegende Anpassung des Syndikatsvertrages (Beilage 2), abgeschlossen zwischen der Stadt Wels, der Stadt Steyr und den Bezirksabfallverbänden mit den unter Punkt 3. des gegenständlichen Amtsberichtes dargestellten wesentlichen Änderungen, wird beschlossen.
3. Die Ausübung des Stimmrechtes von StR. Thomas Rammerstorfer in der ao. Generalversammlung der Oö. BAV AbfallbehandlungsgmbH am 02.07.2024 betreffend Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages (TOP 2) und Anpassung des Syndikatsvertrages (TOP 3) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung in der Fassung des Abänderungsantrages wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Zum TOP 13. gibt es zwei Abänderungsanträge, die lauten:

Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 9 GOGR folgenden Abänderungsantrag zu TOP 13 – Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion bezüglich Einberufung eines Pflegegipfels

Der vorliegende Initiativantrag soll wie folgt geändert werden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Gemeinderat beauftragt das zuständige Mitglied des Stadtsenates damit umgehend einen Pflegegipfel einzuberufen, bei dem alle Stakeholder und alle im Welser Gemeinderat vertretenen Fraktionen mitwirken sollen.“

Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Abänderungsantrag nach § 9 der GOGR für den Tagesordnungspunkt 13 der Gemeinderatssitzung am 23. September 2024

Der Antrag soll wie folgt geändert werden:

Der Gemeinderat beauftragt angesichts des in Wels drohenden Pflegenotstands das zuständige Mitglied des Stadtsenats damit, umgehend einen Pflegegipfel einzuberufen, bei dem insbesondere Vertreter:innen aller Welser Alten- und Pflegeheime, Mobilen Dienste, Expert:innen im Pflegebereich, Personalvertreter:innen, Personalreferent, Vertreter:innen pflegender Angehöriger, **Vertreter:innen des Seniorenbeirates**, Vertreter:innen der zuständigen Dienststellen im Magistrat und aller im Welser Gemeinderat vertretenen Fraktionen mitwirken sollen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich fasse zusammen, der Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ergänzt nur die Vertreter des Seniorenbeirates, sonst bleibt der Antrag gleich. Der Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion sagt, dass ein Pflegegipfel einzuberufen sein wird, bei dem alle Stakeholder plus die Fraktionen einzuladen sind. Bitte diese beiden Abänderungsanträge in die Diskussion miteinzubeziehen.

Berichterstatterin GR. Mag. Hannah Stöger Müller, MBA

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Einberufung eines Pflegegipfels  
Verf-015-I-13-2024

GR. Mag. Stöger Müller, MBA: Danke für die Klarstellung. Ich darf ihnen über den Initiativantrag zur Einberufung eines Pflegegipfels berichten. Gleich vorweg, diejenigen die schon länger im Gemeinderat sind, haben vielleicht ein déjà vu, denn meine Fraktion brachte bereits 2021 einen ähnlichen Antrag ein. Über diesen wurde damals aber gar nicht abgestimmt, sondern er wurde in den Ausschuss verwiesen und schubladiert. Die FPÖ-Fraktion argumentierte damals, dass die Entwicklung auf Landesebene viel schlimmer sei und die damals 32 gesperrten Betten in Wels nicht so schlimm seien. Mittlerweile haben wir 92 Betten, die aufgrund von Personalmangel in den Welser Alten- und Pflegeheimen gesperrt sind. Jeder, der in der Familie oder im Bekanntenkreis diese Situation schon einmal erlebte weiß wie belastend es ist, wenn man einen Pflegeplatz braucht aber keinen bekommt. In Wels hätten wir die Pflegeplätze, aber es scheitert am Personal. Die Situation hat sich seit 2021 drastisch verschlechtert, deshalb bringen wir den Antrag nochmals ein.

Die FPÖ-Fraktion sagt, es gibt überall einen Pflegekräftemangel. Ja, es gibt in Österreich einen allgemeinen Pflegekräftemangel, aber Tatsache ist, die Anzahl der gesperrten Betten in Wels ist in den vergangenen Jahren rasant gestiegen, wohingegen sie auf Landesebene stagniert bzw. mittlerweile sogar rückläufig ist. Wels ist eine große Stadt im Zentralraum und ich halte nichts davon, wenn wir uns mit den ländlichsten Bezirken vergleichen. Man soll sich schon mit den anderen Statutarstädten messen und im Vergleich zu Steyr und Linz ist der Anteil der gesperrten Betten in Wels horrend hoch. Das lässt durchaus den Schluss zu, dass die Probleme im Welser Pflegebereich zumindest zu einem wesentlichen Teil hausgemacht sind und es wäre für alle gut, wenn die FPÖ-Fraktion dies endlich anerkennt und aufhört das Problem schön zu reden. Wir werden sicher noch von der zuständigen Referentin oder vom Bürgermeister hören, dass sie mit einem privaten Unternehmen im Ausland nach Pflegekräfte suchen.

Das ist ein erster Schritt und diesem hat auch meine Fraktion zugestimmt. Allerdings muss allen klar sein, auch wenn wir dadurch die 92 Betten wieder belegen können, wird es über kurz oder lang nicht ausreichen. Jeder kennt die demographische Entwicklung, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommt und weiß, dass der Bedarf an Pflegeangeboten und Pflegepersonal sehr stark steigen wird. Gerade in einem Bereich, der so starken Veränderungen und Herausforderungen unterliegt, reicht es für die Politik nicht, dass man nur das Bestehende verwaltet. Es braucht jemanden, der gestalten will. Diesen Gestaltungswillen vermisste ich im Pflegebereich in Wels sowohl bei der zuständigen Referentin als auch beim Bürgermeister als Personalreferenten. Die Stadt beteiligt sich auch nicht bei der Pflegetechnologie des Landes – das passt in dieses Bild.

Das Verabsäumte kann man nicht mehr rückgängig machen. Ich will nach vorne blicken und gemeinsam dafür sorgen, dass unser Welser Pflegebereich in 10 bis 15 Jahren nicht kollabiert. Dafür braucht es jetzt aktives Handeln und Strategien. Beispielsweise müssen wir uns überlegen wie wir es schaffen, dass ältere Menschen länger zu Hause ein gutes Leben haben. Es braucht auch Strategien wie Pflegekräfte im Beruf bleiben und nicht fluchtartig den Magistrat als Arbeitgeber verlassen. Auf jeden Fall braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Experten sowie Personalvertretern auf Beamten- und Politikerebene. Im Namen meiner Fraktion möchte ich die Hand ausstrecken und unsere aktive Mitarbeit anbieten - wenn man uns lässt. Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass dies allen Fraktionen und Mandataren im Raum ein wichtiges Anliegen ist. Dies zeigt auch das Einbringen von Abänderungsanträgen.



Deshalb starten wir diesen Prozess mit einem Pflegegipfel – holen wir alle an einen Tisch und arbeiten wir

zusammen! Ich bitte um Zustimmung.

GR. Ebetshuber: OÖ Nachrichten, Lesermeinung vom 27.05.2024:

„Es ist sehr erfreulich, dass sich die Stadt Wels die Sanierung des Hallen- und Freibades mit 15 Mio. Euro leisten kann. Damit wird ein wichtiger Schritt zur Freizeitgestaltung und sportlicher Aktivität getan. Mit Verwunderung stelle ich aber fest, dass in den Welser Seniorenheimen ca. 100 Betten wegen Personalmangel nicht belegt werden können. Besonders schlimm ist die Lage im Haus Laahen, wo die Hälfte der Betten leer steht. Es besteht die Gefahr, dass vom vorhandenen Pflegepersonal wegen andauernder Überforderung auch noch etliche das Handtuch werfen. Damit wird die Wartezeit auf einen Heimplatz noch länger. Die Überforderung trifft nicht nur die Pflegekräfte, sondern auch die Angehörigen derer, die keinen Pflegeplatz bekommen. Die Überforderung ist körperlich, physisch und vielfach auch finanziell. Viele Angehörige können sich die Betreuung durch private Pflegenotdienste nicht leisten.“

Die intensive Betreuung kann je nach Art der Beeinträchtigung schon bei Pflegestufe 2 notwendig sein, bei Pflegestufe 3 ist meist schon eine Person überfordert. Die Aufnahme in ein Heim ist leider erst ab Pflegestufe 4 möglich. Das entspricht schon einer sehr schweren Beeinträchtigung. Die größte Sorge der Generation 65+ (in Wels etwa 13.000 Einwohner) ist die Betreuung und Pflege im Alter. Von dieser Sorge sind auch die Angehörigen betroffen, wenn sie nicht im selben Ort wohnen und die Pflege nicht selbst übernehmen können. Die Generation, die durch Fleiß und Arbeit zur guten Finanzlage der Stadt beigetragen hat, dass das Freibad und Hallenbad saniert werden kann, hat ein Recht auf Verbesserung der Pflegesituation. Der nächste große Schwerpunkt der Stadt Wels muss die Beseitigung des Pflegenotstandes sein.“

Verfasst wurde dieser Leserbrief nicht von mir, sondern von einer Person, die uns allen sehr gut bekannt ist – dem Seniorenbundobmann der Stadt-Mitte und Kulturstadtrat a.D. Georg Kransteiner. Von seiner Tätigkeit im Stadtsenat und seiner aktuellen Funktion als Seniorenbundobmann der Stadt-Mitte kennt er sowohl die Herausforderungen an das System, aber auch die Sorgen, Bedürfnisse und Beschwerden der älteren Generation und vor allem deren Angehörigen. In unseren Ausschusssitzungen sprechen wir über die Anpassungen und Veränderungen betreffend der Pflegesituation in den Alten- und Pflegeheimen. Ebenso erhalten wir die Zahlen der Mobilen Dienste, bei dem die Vorgaben des Landes OÖ ebenso nicht erreicht werden können. Bei Rückfrage an die Träger liegt dies jedoch nicht am Personalmangel. Woran dann? Im Sinne der Subsidiarität, derer wir uns alle verschrieben haben, lasst uns gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir die Auslastung der Mobilen Dienste wieder anheben können und die Situation in den Alten- und Pflegeheimen entschärfen können. Lasst uns mit der älteren Generation sprechen und nicht über sie. Aus diesem Grund haben wir den Abänderungsantrag eingebracht und bitten um Aufnahme des Seniorenbeirates in diesen Pflegegipfel in die Diskussion.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich bin ja schon fast froh um diesen Antrag, denn er gibt mir die Möglichkeit die positive Entwicklung im Bereich der Seniorenbetreuung in den nächsten Monaten einmal aussprechen zu dürfen. Wir sind weit weg von einem drohenden Pflegenotstand wie es im Antrag steht. Aber wir haben Wahlkampf und ich bin neugierig, ob die GRÜNEN dies dann auch als Polemik im Wahlkampf titulieren oder ob sie das nur

bei der FPÖ so sehen. Diese Polemik haben weder die Mitarbeiter noch die Welser verdient und es gibt mir die Möglichkeit meinen Mitarbeitern meine Dankbarkeit zu zeigen. Sie leisten eine hervorragende Arbeit und ich kann mich für ihr Engagement nur herzlich bedanken. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei meinen beiden Koordinatorinnen für Betreuung und Pflege, Frau Schmidt und Frau Gundendorfer, herzlich bedanken, die immer eine schnelle Lösung finden.

Wir konnten jetzt im September sechs Mitarbeiter aufnehmen, d.h. wir konnten wieder zwölf Bewohner dazu aufnehmen. Im Oktober können wir neun Mitarbeiter aufnehmen und ca. 32 Betten belegen, d.h. in Laahen ist dann der 3. Stock wieder voll belegt und wir warten auch noch auf die Vermittlung von der Personalvermittlung. Nicht nur darauf haben wir uns verlassen, wie hier gesagt wurde. Wir suchten selbständig und haben das Glück, dass wir einige Mitarbeiter aufnehmen konnten.

Bei den Mobilien Hilfen gibt es keine Wartezeiten. Liebe Birgit, ich verstehe es auch nicht warum wir die Stunden nicht ausschöpfen. Es liegt nicht an uns, wenn wir die Stunden nicht vergeben. Im Gegenteil, wenn wir mehr brauchen würden, würden wir auch mehr zur Verfügung stellen. Wenn du mit allen gesprochen hast wirst du wissen, dass sie selber nicht sagen können warum wir die Stunden nicht brauchen. Es gibt keine Wartezeiten.

Wir stehen natürlich in engem Kontakt mit den Einsatzorganisationen, damit wir jederzeit reagieren können. In meinem Bereich der Seniorenbetreuung habe ich regelmäßig Dienstbesprechungen. Drei bis vier Mal jährlich sogar große Dienstbesprechungen, d.h. alle Pflegedienstleitungen, alle Heimleiter, alle Fachbereichsleiter, Dienststellenleiter und der Abteilungsleiter. Eigentlich ist das schon ein kleiner Pflegegipfel, wie er heute vorgeschlagen wurde. Es ist nicht so, dass ich mich nur auf einen kleinen Kreis beschränke. Ich versuche drei bis vier Mal alle ins Boot zu holen. Aus diesem Grund wählten wir heuer den Sozialstammtisch zum Thema „Selbsthilfe – wichtige Unterstützung in vielfältigen Lebenssituationen“. Es geht darum, dass sich alle Selbsthilfegruppen vorstellen können, darunter auch die Servicestelle für pflegende Angehörige der Caritas. Ich wurde gefragt, wo sie sich präsentieren können, daher auch der Titel in diesem Jahr.

Es ist ganz wichtig, dass sich die Sozialbereiche und Vereine auch vernetzen können. Bezüglich Pflorgetechnologiefond des Landes waren wir mit einer Firma in Kontakt, die zwei Projekte einreichte, welche wir in Wels umsetzen wollten. Es kam leider nicht dazu, weil genau diese Firma die Zuschläge dafür nicht bekam. Der Weg ist also sehr positiv und ich freue mich ganz besonders, dass der Pflegenotstand weder ausgebrochen ist noch droht. Ich möchte mir dies für Wahlkampfzwecke auch nicht schlechtreden lassen. Die Entwicklung ist positiv und wir hoffen, dass es in diese Richtung weitergeht.

StR. Rammerstorfer: Liebe Kollegen, mit diesem Antrag läuft ihr bei uns offene Türen ein, das ist ganz klar. Auch für den Zusatzantrag, dass man Seniorenorganisationen einbeziehen soll, gibt es 100%ige Zustimmung. Man hätte aber das Wording etwas mäßigen können, um Vzbgm. Raggl-Mühlberger mit an Bord zu holen. Der Pflegebereich geht uns alle an und betrifft viele Bereiche, wie etwa auch die Stadtplanung, den Verkehrsreferenten, den Gesundheitsreferenten und indirekt auch meinen Bereich. Wir haben z.B. oft die Problematik im Tierheim, dass sich Menschen die Tiere nicht mehr leisten können.

Dieses Thema ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und es ist richtig und wichtig den Zugang dazu zu öffnen. Dementsprechend werden wir diesen Initiativantrag unterstützen. Ich freue mich, wenn dieser Pflegegipfel zustande kommt und wir solidarisch zusammenwirken. Es ist gut, wenn wir das Thema aus der Öffentlichkeit holen. Wir diskutieren das Pflege Thema gefühlt in jeder Gemeinderatsitzung und möglicherweise kommen wir eher zu einem Ergebnis, wenn es intern mit Experten diskutiert wird. Ich freue mich, wenn es klappt und wir werden mitarbeiten.

GR. Mag. Stöger Müller, MBA: Ich bedanke mich bei allen Fraktionen für die positiven Wortmeldungen. Die von Vzbgm. Raggl-Mühlberger geschilderten Entwicklungen sind durchaus erfreulich, aber die Herausforderungen sind langfristig. Zu den beiden Abänderungsanträgen: Danke an die ÖVP-Fraktion für die Ergänzung mit den Seniorenbeiratsvertretern - dem werden wir auf jeden Fall zustimmen. Die Auflistung im Antragstext lautete „insbesondere“, das war keinesfalls eine abschließende Aufzählung. Zum Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion wäre es mir wichtig, dass klar ist, wer wirklich dabei sein soll. Mir wäre es ein Anliegen, dass die Personalvertretung und der Bürgermeister als Personalreferent dabei sind, weil genau die Personalfrage der Knackpunkt ist. Wenn es für die FPÖ-Fraktion eine Bedingung ist, dass sie dem Antrag zustimmen, dann werden wir auch zustimmen.

Der Abänderungsantrag (siehe Seite 23) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der weitestgehende Abänderungsantrag (siehe Seite 23) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 16) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird in der Fassung des Abänderungsantrages der FPÖ-Gemeinderatsfraktion als weitestgehender Antrag

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und ersucht die nachstehenden Dringlichkeitsanträge der FPÖ-Gemeinderatsfraktion gemeinsam vorzutragen und in weiterer Folge gemeinsam zu diskutieren, da die zu behandelnde Materie durchaus ähnlich ist. Diesbezüglich sehe ich keinen Einwand seitens der Gemeinderatsmitglieder.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Mitwirkungspflicht zur Integration, Novelle des Oö. KBBG;  
Resolution an den oö. Landtag;  
Verf-015-I-14-2024

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Novelle der Kindergartenordnung 2023;  
Verf-015-I-15-2024

GR. Mag. Hammerl, MA: Erfolgreiche Integration bedarf zwei Dinge, das Beherrschen der deutschen Sprache und die Identifikation mit den allgemein gültigen Werten unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass zwei von drei Welser Schülern nicht die deutsche Muttersprache haben, so bestätigte dies auch die Statistik Austria vor wenigen Tagen. Über 70% der Kindergartenkinder haben akuten Sprachförderbedarf, elf von zwölf Kindergarteneinrichtungen werden als sogenannte „Hotspot-Kindergärten“ geführt, weil der Sprachförderbedarf bis zu 98% der dortigen Kinder betrifft. Wir wissen, dass sprachliche Bildung die Kernaufgabe der Kinderbetreuung ist. Wir wissen auch, dass wir seit 2016 40 Sprachpädagogen einsetzen, um in jeder Gruppe die deutsche Sprache entsprechend zu fördern. Dies kostet uns jährlich etwa 1 Mio. Euro.

Alle Leitungen plus einige Pädagogen absolvierten zusätzliche Ausbildungen, beispielsweise dreisemestrige Lehrgänge an der pädagogischen Hochschule zum Thema „Frühe Sprachförderung“. Darüber hinaus wurden zahlreiche zusätzliche Fortbildungen absolviert. Wir sehen, die Stadt ergriff wesentliche Maßnahmen zum Ausbau der Sprachförderung und verankerte diese als wesentlichen Punkt.

Vor wenigen Jahren (2011) analysierte die private pädagogische Hochschule die Welser Sprachförderung. Zahlreiche Welser Pädagogen sagen: „Die Sprachförderung ist absolut wichtig für die Integration der Kinder.“ „Deutsch ist die Bildungssprache“ und „ohne Sprache gibt es keine Kommunikation“. „Kinder können sich nicht verständigen und lernen dadurch auch keine soziale Zusammenarbeit.“ „Je früher eine Förderung, desto besser.“ Auch die Pädagogen plädieren laufend für einen Ausbau und eine effektive Sprachförderung. In der Kinderbetreuung ist die deutsche Sprache ein wesentlicher Schlüssel, um das kulturelle Zusammenleben mit gemeinsamen Werten zu fördern. Regelmäßiges Sprechen der deutschen Sprache fördert den Ausbau des deutschen Wortschatzes und zusätzlich die Verständigung auf die gemeinsamen Werte und Regeln.

Das Fazit dieser Analyse der pädagogischen Hochschule ist im Wesentlichen die Verstärkung der Einbindung der Eltern, denn ohne Einbindung der Eltern in die Sprachförderung kann eine gelungene Integration nicht funktionieren. Daher unser Antrag, der im Wesentlichen darauf abzielt die Sprachförderung der Kinder weiter in den Mittelpunkt zu stellen und die Eltern in die Pflicht zu nehmen. Wenn im verpflichtenden Kindergartenjahr das Kind nicht in den Kindergarten geht - obwohl es gesetzlich vorgesehen ist - möchten wir den Strafbetrag (der nach dem Oö. KBBG mit € 440,- festgesetzt ist und in unserer Tarifordnung auf € 220,- aktuell gesenkt wurde) auf diese vom Landesgesetz vorgesehenen € 440,- erhöhen.

Darüber hinaus wollen wir eine sogenannte Integrationspflicht einfordern. Damit meinen wir die qualitative Mitarbeit. Zuerst geht es um die Quantität – ist das Kind anwesend oder nicht? Im zweiten Schritt geht es darum, ob eine qualitative Mitarbeit vorhanden ist. Wie stellt man dies nun fest? Wir möchten, dass die Kinder an den vorgesehenen Sprachförderkursen teilnehmen. Sie sollen an den Veranstaltungen teilnehmen, die der

Kindergarten vorsieht und wir möchten, dass die Eltern angehalten werden an den Veranstaltungen (Elternabend usw.) teilzunehmen.

Diese Rückmeldungen erhielten wir insbesondere von den Gesprächen mit den Pädagogen. Sie sagen, sie sehen sich in einigen Fällen absolut außerstande diese Integration entsprechend einzufordern. Denn die Kinder beteiligen sich teilweise nicht an den Tätigkeiten des Kindergartens und andererseits sind die Eltern auch nicht erreichbar. Es gibt einen Maßnahmenkatalog in Abstimmung mit der Bildungsdirektion. Da werden die Eltern nochmals kontaktiert und erst wenn absolut keine Möglichkeit besteht die Kinder und die Eltern zu motivieren im verpflichtenden Kindergartenjahr entsprechend mitzuwirken, erst dann erfolgt entsprechend dem Oö. Landesgesetz eine Anzeige an die Bezirksverwaltungsbehörde, um aus verwaltungsrechtlicher Sicht Maßnahmen zu ergreifen.

Mit unserem zweiten Dringlichkeitsantrag möchten wir den Oö. Landesgesetzgeber ersuchen, diese Integrationspflicht ebenfalls in das Oö. KBBG mitaufzunehmen. Wir verankerten dort die Kindergartenpflicht (quantitative Anwesenheit), aber nicht, ob das Kind oder die Eltern entsprechend mitwirken. Wir möchten der Landesgesetzgeber soll erkennen, dass diese qualitative Mitwirkungspflicht sowohl bei den Eltern als auch bei den Kindern vorzusehen ist.

GR. Umlauf: Es ist ein spannendes Thema und über einige Punkte in diesen Anträgen sollten wir durchaus sprechen. Die verpflichtende Teilnahme an Kindergartenveranstaltungen ist für berufstätige Eltern nicht immer leicht. Es gibt z.B. ein Eltern-Kind-Frühstück. Wer von euch kann sich einfach um 8 Uhr morgens die Zeit nehmen, um an einer Kindergartenveranstaltung teilzunehmen? Auch Veranstaltungen am Nachmittag sind schwer. Dienstpläne stehen oft Monate vorher schon fest (Pflege, Gesundheitswesen ...) oder es fällt jemand aus und man muss einspringen. Die Lebensrealität ist so, dass oft beide Elternteile arbeiten und man sich nicht immer freinehmen kann. Es sind nicht immer nur die Kinder mit Migrationshintergrund, wo die Eltern nicht teilnehmen können. Ich würde mir wünschen, dass die Eltern immer zu allen Kindergartenveranstaltungen kommen können, es vom Dienstgeber dementsprechend akzeptiert wird und man frei bekommt – egal in welcher Berufssparte man arbeitet. Nichts ist schlimmer, als wenn die Kinder dasitzen und die Eltern nicht bei sich haben unabhängig davon, ob man einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Wenn es verpflichtend ist, wird sich ja die Stadt Wels etwas überlegen, wie das mit den Dienstgebern abgesprochen werden kann.

Zur Mitwirkungspflicht der Eltern und Kinder: Außerdem gibt es junge Kinder, die einfach lieber alleine spielen und nicht den ganzen Tag mit anderen Kindern spielen möchten. Man hat vielleicht den Eindruck sie bringen sich nicht ein, aber es liegt einfach am Charakter und an der noch nicht ausgebildeten Persönlichkeit, dass sich die Kinder nicht den ganzen Tag am Umfeld beteiligen möchten. Wir sind am Mindestmaß bei der Betreuung, haben wenige Pädagogen in den Gruppen und eine hohe Gruppenanzahl. Das ist für manche Kinder in diesem Alter einfach anstrengend.

Ich bin sehr gespannt was in diesem Maßnahmenkatalog steht und wie man die Mitwirkungspflicht der Eltern messen soll. Wir reden hier immer nur von den Kindern mit Migrationshintergrund. Rechtlich gesehen etwas bedenklich bzw. wird es wahrscheinlich alle Eltern betreffen? Alle Eltern sollen sich am Kindergartenleben der Kinder beteiligen

und rechtlich muss man sich das ansehen, ob hierbei die Migranten einfach herausgenommen und bestraft werden können.

Beim Antrag und der Resolution geht es vor allem um Integration. In den letzten Jahren war das Thema Integration bei der FPÖ angesiedelt. Was geschah in den letzten Jahren bzw. was geschah nicht, wenn wir jetzt im Gemeinderat überlegen, dass wir Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund strafen sollen, wenn sie sich nicht entsprechend integrieren. Hätte man in den letzten Jahren nicht schon an diesem Thema arbeiten können?

GR. Kroiß: Es geht nicht um die Mitwirkungspflicht der Kinder. Ein Kind kann alleine oder auch in der Gruppe spielen, das soll auch nicht rechtlich geahndet werden. Es geht rein um die Eltern und konkret um das letzte verpflichtende Kindergartenjahr, d.h. das Kind ist fünf Jahre alt. Es sollte einen gewissen Rahmen an Stabilität haben, 20 Stunden/Woche – fünf Tage die Woche soll es in den Kindergarten kommen. Es hat alle Schulferien frei (13 Wochen) plus fünf Wochen Urlaub für jedes Kind. Alles, was darüber hinaus geht, sollte meldepflichtig sein und geahndet werden können. Die Kinder gehen nämlich ein Jahr später in die Schule und dann kann man es sich nicht aussuchen, ob das Kind um 8.30 Uhr kommt oder um 11.30 Uhr heimgeht. Es muss um 8 Uhr im Unterricht sein und diesem auch Folge leisten können. Wenn das Kind in der Schule nur ein bis zwei Drittel von dem versteht, was die Lehrerin sagt, dann wird es ganz schwierig dem Unterricht zu folgen. Sie werden auch keinen sozialen Anschluss finden. Es geht rein darum im letzten verpflichtenden Kindergartenjahr die Anwesenheit zu gewährleisten und sprachlich soweit fit zu sein, dass sie sich mit allen anderen verständigen, Freunde finden und der Lehrerin Folge leisten können. Um etwas anderes geht es nicht.

Meinem Lebensgefährten und mir war es beruflich nicht immer möglich im Kindergarten bei den Familienfrühstücken teilzunehmen. Aber es gibt auch andere Feste, wie das Martinsfest, Nikolaus, Wanderungen, usw. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten sich einzubringen. Der Kindergarten dauert nicht nur sechs Monate oder ein Jahr, er dauert für die meisten Kinder drei Jahre. Und in drei Jahren wird man es schaffen, dass man einmal bei einem Fest seines Kindes teilnimmt. Auch bei Elternabenden wird vieles vorab besprochen, man könnte z.B. den Sommerfesttermin einplanen.

Ein Kindergartenbesuch ist für das Kind wichtig, um soziale Kontakte zu knüpfen. Es kann dort spielen und lernen. Warum soll man einem Kind das Lernen verwehren, indem man es daheimlässt? Es geht nicht um eine Bestrafung des Kindes, sondern die Mitwirkungspflicht der Eltern soll ahnbar sein. Die Pädagogen haben wirklich viel Arbeit, sie führen Gespräche mit den Eltern, machen Aufzeichnungsprotokolle, rufen bei der Bildungsdirektion an, dann geht es zur Leitung usw. Am Ende hat man viel Zeit aufgewendet, um ein Kind und die Eltern willkommen zu heißen, denen das nichts wert ist. Das sind viele vergeudete Stunden, die für andere Kinder nicht aufgewendet werden können, weil man dafür sorgen muss, dass die Eltern eines einzelnen Kindes kommen und mitarbeiten.

Pädagogen überlegten sich tolle Sprachkonzepte, den sog. „Sprachförderrucksack“. Fertig gepackte Sprachförderungs Pakete für die Eltern mit Büchern und Mini-Übungen. Diese wurden nicht einmal angesehen. Der Koffer wurde original verpackt mitgegeben und am Montag wieder zurückgebracht. Das ist fehlende Integration und gehört bearbeitet, nicht das Kind bestraft. Das ist alles, was wir wollen.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Es ist Wahlkampf und am 29.09.2024 findet die Nationalratswahl statt. Silke, auch wenn es dir nicht gefällt, es ist einfach so. Es ist Wahlkampf! Im persönlichen Gespräch mit einem Stadtsenatsmitglied wurde mir versichert es ist Wahlkampf und es geht uns auch hier um eine Schlagzeile. Es ist nicht so weit hergeholt, auch wenn es dir nicht gefällt, liebe Silke.

In den Anträgen der FPÖ-Fraktion geht es um eine Mitwirkungspflicht, Sprachförderung, Kindergartenveranstaltungen, Deutschförderbedarf, usw. In der Realität kommt das Kind in die Krabbelstube oder den Kindergarten, dort wird festgestellt, welches Sprachniveau das Kind hat. Alle Kinder, die dieses Sprachniveau nicht haben, landen in der Sprachförderung. Wir haben 48 Sprachförderer in Wels und alle Kinder werden in diesem Bereich von den Mitarbeitern absolut top betreut. Die Eltern bekommen durchaus immer wieder Aufgaben gestellt (Sprachsackerl, Sprachkoffer, usw.) und laut Aussagen vieler Leiter und Pädagogen wirken ganz viele Eltern tatsächlich an der Sprachförderung ihrer Kinder mit. Viele Eltern lernen auch von den Kindern, weil sie die deutsche Sprache auch nicht so gut können oder aus bildungsfernen Schichten kommen. Die allermeisten Eltern sind höchstinteressiert, dass ihre Kinder die deutsche Sprache lernen und im Kindergarten bzw. in der Gesellschaft integriert sind.

Paul, du sagtest du hast dich erkundigt. Im Gegensatz zu mir führtest du kein persönliches Gespräch mit den Leitungen oder Pädagogen. Andere deiner Fraktion glauben, dass das so ist. Ich hingegen weiß, dass es so ist und das ist keine Arroganz des Referenten. Ihr tut so als sei es eine riesige Menge, über die wir sprechen. Der zurückgezogene Abänderungsantrag besagte, wir strafen die Eltern der Kinder, wenn die Kinder nicht mindestens 80% oder mehr im Kindergarten sind. Seit Beginn des beitragsfreien Kindergartens sprechen wir von exakt null Kindern, die diesen Punkt nicht erfüllt hätten. In der Stadt sind 2.614 Kinder in den städtischen und privaten Betreuungseinrichtungen. Wenn wir nur von den Kindergärten ausgehen sind es 1.720 Kinder und im letzten Jahr betraf es genau ein Kind, welches trotz verpflichtendem Kindergartenjahr nicht in den Kindergarten kam. Wir sprechen bei 2.614 oder 1.720 Kinder von einem einzigen Kind! Das sind - wenn wir 1.720 als Grundlage nehmen – 0,00058% oder – bei der Gesamtheit – 0,00038%. Wenn wir dies umdrehen, haben wir die Zahlen derer, die alles richtig machen – das sind 99,99942% bzw. 99,99962%. Das ist aus meiner Sicht absolute Polemik - das ist ein Wahlkampfgegag. Aber wir wissen, Angriff ist die beste Verteidigung. Wir sehen es immer wieder, wo die FPÖ eine Schlagzeile inszeniert, wo nichts dahinter ist.

GR. Vogl: Vzbgm. Schinninger nannte soeben interessante Zahlen für mich, der Antrag ist klar – Mithilfe bei der Integration. Wir wünschen uns alle, dass Integration funktioniert und dass es auch von den Eltern mitgetragen wird. Wenn es allerdings ein Schuss ins Leere ist, frage ich mich wofür?

Wollen wir eine tatsächliche Verbesserung? Dann lassen wir uns alle Zahlen nennen und gehen alles durch. Dann sieht man wo Verbesserungen möglich sind. Oder wir machen es nicht und es ändert sich am Ende des Tages so wenig, dass man eine Änderung nicht einmal bemerkt. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diese Anträge in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Vogl auf Zuweisung der beiden Dringlichkeitsanträge in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 17 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
18 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion, MFG)

abgelehnt.

GR. Mag. Lackner: Lieber Klaus, du weißt im September startet die Schule und ich führte persönliche Gespräche mit einer Volksschullehrerin, die jetzt Klassenvorstand einer Klasse in der Schule Stadt-Mitte ist. Sie hat ein Kind, welches Deutsch wirklich gut spricht, ein Kind aus der Vorschule, welches Deutsch ein bisschen sprechen kann, und der Rest der Kinder ist so weit, dass sie einen normalen Unterricht nicht starten kann. Aus diesem Grund müssen wir dafür sorgen, dass die Kinder im Kindergarten die deutsche Sprache so gut lernen, dass sie die Chance auf eine gute Ausbildung und somit einen guten Start ins Berufsleben haben. Man muss auch die Eltern dabei mitnehmen, sie müssen mithelfen und offen dafür sein die Sprachangebote zu nutzen. Es ist dabei ganz wichtig, dass die Kinder im letzten Kindergartenjahr anwesend sind, damit sie die Sprache lernen und sich mit anderen Kindern austauschen können. Beim Spielen lernt man am meisten, deshalb müssen sie auch wirklich da sein und bei den Veranstaltungen auch mitmachen.

GR. Mag. Drack: Es steht außer Streit, dass Eltern bei der Integration mitwirken sollen. Eine Bestrafung der Eltern erachten wir nicht als sinnvoll. Man müsste hinterfragen, warum diese Eltern nicht mitwirken und sich Maßnahmen überlegen, um die Integration tatsächlich und die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern zu erhöhen. Dazu gehört auch eine soziale Absicherung. Wenn die Familie strauchelt, die Frau geschlagen wird oder Verwahrlosung aufgrund von Armutsgefährdung stattfindet, sind das nicht die besten Voraussetzungen für die Integration. Gerade der Zugang zur Wohnbeihilfe oder Sozialhilfe wird bekannterweise auch durch das Betreiben konservativer oder rechter Kräfte für Migranten viel zu oft ausgeschlossen oder sogar auch schlecht gemacht. Das erzeugt keine Bereitschaft an integrativen Angeboten mitzuwirken.

GR. Vogl: Schade, es bleibt beim Schuss ins Leere. Ich möchte auf die Resolution eingehen. Liest man sich den Text durch, kommen sehr schnell sehr viele Fragen. Geht das rechtlich überhaupt? Gibt es von der Verfassung oder vom EU-Recht her ein Problem? Ist es vielleicht nur ein Text, den wir nach Linz schicken in der Hoffnung, dass die sich etwas überlegen? Eigentlich haben wir uns auch nichts überlegt.

Uns gibt die zuständige Stelle beim Land Recht, es gibt hier große Bedenken seitens der Verfassung und des EU-Rechtes. Warum bringst du als Jurist so etwas ein? Du musst so etwas doch lesen können. Ich habe mein Jus-Studium noch nicht beendet, jetzt kann ich nicht der Experte sein, aber wenn die Juristen vom Land auch zustimmen, werde ich nicht so falsch liegen. Wir können bei dieser Resolution einfach nicht mitgehen. Bei Dingen, die rechtlich auf so unsicherem Fuß stehen, frage ich mich, ob es mit einem Facebook-Posting oder einer Presseaussendung nicht besser gelöst gewesen wäre. Ist eine Resolution hier das richtige Mittel? Meiner Meinung nach nicht. Ich sage nicht, dass es nur ein Wahlkampfzug ist. Aber es kommt der Gedanke auf, dass es einen anderen Grund geben muss diese Resolution zu stellen, wenn man im Vorhinein schon weiß, dass nichts dabei herauskommt. Deswegen sind wir entschieden gegen diese Resolution und werden uns



bei dem anderen Antrag der Stimme enthalten. Es ist klüger sich zusammzusetzen und die Zahlen, Daten und Fakten zu studieren, um anhand dieser Daten zu reagieren. Das ist die Entscheidung, entweder wir wollen wirklich angreifen oder nur Überschriften generieren und Resolutionen nach Linz schicken, die nicht halten. Das weißt du als Jurist. Du wirst es nicht zugeben, denn hier sind Kameras. Am Abend wirst du mir vermutlich dann doch zustimmen. Aber die Überschrift in der Zeitung ist dir gewiss.

GR. Mag. Hammerl, MA: Wir führten tatsächlich das Gespräch mit dem Land OÖ, recht schwer ist es auch nicht. Wir haben einen Wertekodex in der Stadt Wels ja schon erlassen. Wir machten unsere Hausaufgaben schon vor langer Zeit. Jetzt müssen nur mehr das Land OÖ und das zuständige Organ der Landesregierung ihre Hausaufgaben machen. Dann steht dem Ganzen nicht viel im Wege. Eine Mitwirkungspflicht der Eltern einzufordern, an dem wird es nicht scheitern. Deine rechtlichen Sorgen kann ich nicht teilen.

Lieber Klaus, wir führten selbstverständlich auch Gespräche mit dem Verwaltungsapparat. Die Auskunft von deinem Verwaltungsapparat war, dass die Zahl Null stimmt. Aus dem Grund, weil die Zahlen nicht erhoben und administriert werden. Das ist der spannende Punkt.

Es ist spannend, wenn man sagt die Zahl ist null. Ja, wenn ich nicht frage, kann es nur null sein. Ich bin mir sicher, du wirst diesen § 8 der Kindergartentarifordnung (der angemessene Kostenbeitrag bei nicht regelmäßigem Besuch) mit deiner Verwaltung zukünftig erheben. Ich freue mich schon, wenn wir in einem Jahr vielleicht über diese Zahlen sprechen können und dann tatsächlich wissen um wie viele Kinder es sich handelt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>18 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, MFG)
gegen	<u>13 Nein-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
und	<u>4 Stimmenthaltungen</u> (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>18 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, MFG)
gegen	<u>17 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr, somit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir kommen jetzt zur Bürgerfragestunde.

Die Sitzung des Gemeinderates ist zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 17.26 bis 17.28 Uhr unterbrochen.

Anschließend erklärt der Bürgermeister mit Dank die Sitzung des Gemeinderates für beendet.

***H I N W E I S für Internet-Nutzer:***

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 18.11.2024 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*